Bezugspreis
vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarortsverkehr Mk. 2.10, außerhalb Mk 2.20 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.

Aus den Tannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt.
Allgemeines Anzeige- und Unterhaltungsblatt
Von der oberen Nagold.

Anzeigenpreis:
Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennig. Die Reklamezeile oder deren Raum 30 Pfennig. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen entsprechender Rabatt. Bei gerichtlicher Eintreibung und Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die O.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 4 | Druck und Verlag in Altensteig. | Dienstag, den 7. Januar. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1919.

Die Umwälzung im Reich.

Die Nationalversammlung in Erfurt?

Berlin, 5. Jan. Als Ort der Nationalversammlung soll nach dem „Acht-Uhr-Abendblatt" Erfurt in Aussicht genommen sein. (Vom 27. September bis 14. Oktober 1808 fand in Erfurt unter dem Vorsitz Napoleons der Erfurter Fürstenkongreß statt, an dem Kaiser Alexander I. von Rußland, die Könige von Bayern, Württemberg, Sachsen und Westfalen, der Fürst-Primas Frhr. v. Dalberg, der einzige geistliche Fürst des Reichs, und viele andere Fürsten teilnahmen. D. Schr.)

Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln.

Paris, 5. Jan. (Reuter.) Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittelkommission, Hoover, sagt in seinem Bericht: Die Untersuchungen in Deutschland haben ergeben, daß die Bevölkerung genug Vorräte hat, um noch einige Zeit auszuhalten; sehr knapp ist dagegen das Fett. Deutschland muß, wenn es Lebensmittel haben will, sie mit eigenen Schiffen holen, außerdem muß es Schiffe zur Rückbeförderung der amerikanischen Truppen stellen. Amerika hat bis jetzt 130 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen gesandt, daneben wurden monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich abgegeben.

Der Gesandte in Bern.

Berlin, 5. Jan. Der Schriftleiter der soz. „Münchner Post", Adolf Müller, ist zum deutschen Gesandten in Bern ernannt worden.

Wirtschaftliche Hörigkeit.

Berlin, 5. Jan. Die „Germania" (Ztr.) erfährt, England beabsichtige, falls Deutschland seine Finanzen nicht baldigst in Ordnung bringe, die deutsche Finanzverwaltung durch eine Kommission beaufsichtigen zu lassen. Dabei sollen solche Steuer- und Zollmaßregeln getroffen werden, daß das Kapital aus dem Land gezogen werde. Die Bauern würden von den englischen Gläubigern gezwungen werden, das zu bauen, was England wünsche.

Unglaubliche Zustände.

Berlin, 4. Jan. Die aus der preußischen Regierung ausgetretenen Unabhängigen werden nicht ersetzt werden, da alle Ministerien doppelt (von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen) besetzt waren. — Die „Deutsche Tagesztg." bemerkt dazu: Das preußische Volk freut sich außer über manches andere auch darüber, daß 8 Ministergehälter gespart werden.

Berlin, 5. Jan. Nach dem Austritt der Unabhängigen aus der preuß. Regierung haben auch die Mehrheitssozialisten ihre Ministerien zur Verfügung gestellt. Es dürfte sich indessen nur um eine Formsache handeln.

Gegenrevolution in Braunschweig?

Braunschweig, 6. Jan. Der „Frankf. Zeitung" zufolge ist hier eine gegenrevolutionäre Verschwörung entdeckt worden, die unter der Führung von Offizieren und aktiven Feldwebeln die Kasernen stürmen und die Arbeiter- und Soldatenräte absetzen wollte. (?) Die Arbeiter demonstrierten mit scharfgeladenen Waffen auf den Straßen. Die Leiter der Gegenrevolution wurden verhaftet. Zwei Zahlmeister der hier stehenden Truppen sind mit Summen von insgesamt 640 000 Mk. geflohen.

Kellnerstreik.

Berlin, 6. Jan. Nach mehrtägigen Verhandlungen ist im Kellnerstreik vereinbart worden: Das Trinkgeldwesen wird abgeschafft und dagegen feste Besoldung eingeführt. Kellner unter 20 Jahren erhalten 80, die anderen 100 Mk. die Woche. Kost- und Wohnungszwang für das Dienstpersonal wird abgeschafft; für Wohnung und Essen werden gegebenenfalls 40 Prozent der Löhnung abgezogen.

Die Lage im Osten.

Posen, 4. Jan. Die Vertreter des deutschen Volksrats beschlossen in einer Versammlung in Meseritz, da die Deutschen nach dem erzwungenen Rücktritt des Oberpräsidenten und des Präsidenten ohne Regierung sind, zum Schutz des Deutschtums in Westposen eine eigene Volkswehr zu bilden und sich in der Verwaltung an Brandenburg und Schlesien anzugliedern.

Berlin, 4. Jan. Die wiederholten Beratungen des Zentralrats, des Rats der Volksbeauftragten und des Kriegsministers haben zu dem Ergebnis geführt, daß ein Grenzschutz aus Freiwilligen gebildet werden soll.

Berlin, 6. Jan. Das Kriegsministerium ist ermächtigt worden, einzelne mobile Formationen aus Freiwilligen und aus den Jahrgängen 1898 und 1899 für den Schutz des Ostens aufzustellen.

Braunschweig, 5. Jan. Die radikalrevolutionäre Regierung in Braunschweig protestiert gegen die Absicht, Truppen zum Schutz der Ostgrenze zu verwenden.

Deutsches Eisenbahnmaterial in Polen.

Köln, 5. Jan. Die „Köln. Volksztg." berichtet, nach dem Ausbruch der Revolution am 9. November haben die deutschen Eisenbahner in Polen die Arbeit eingestellt und infolgedessen habe von dem wertvollen Kriegsmaterial nichts mehr in die Heimat zurückbefördert werden können. Außerdem fielen den Polen 5000 Lokomotiven und 130 000 Wagen in die Hände, fast so viel, als Marschall Foch von Deutschland abverlangte (5000 Lokomotiven und 150 000 Wagen).

Der Ausstand.

Königshütte (Oberschlesien), 4. Jan. Vor dem Gebäude der Berginspektion rottete sich eine Menschenmenge zusammen, die Anstalten machte, das Gebäude zu stürmen. Ein junger Bursche schoß auf das Wachlokal, worauf die Wachmannschaft mit einem Maschinengewehr feuerte. 17 Personen sind tot, 21 verwundet.

Königshütte, 6. Jan. Am Samstag kam es bei einer Kundgebung von Spartakusleuten wieder zu Zusammenstößen mit den Marburger Jägern. Die Jäger hatten sich im Wachlokal verschanzt und verteidigten sich mit Maschinengewehren. Es gab drei Verletzte, wovon einer in der Nacht starb. Im Verlaufe der Nacht rückten Infanterie und Artillerie, späterhin auch Husaren in die Stadt. Die Demonstranten verlangen die Entfernung der Jäger und drohen mit dem Generalstreik.

Auslieferung der Zeppeline?

Bern, 4. Jan. Der „Matin" verlangt die Herausgabe aller Zeppeline in Deutschland im Friedensvertrag. Die neuesten deutschen Zeppeline könnten jetzt 90 Kilometer in der Stunde zurücklegen und für 100 Stunden Brennstoff an Bord führen, also 9000 Kilometer ohne Zwischenlandung zurücklegen, somit bequem von Hamburg nach Neuyork fahren. Die Entente dürfe nicht zulassen, daß Deutschland einen solchen Vorteil habe.

Das Schicksal der deutschen Großkampfschiffe.

Washington, 5. Jan. (Reuter.) Admiral Rodada empfahl die Vernichtung aller ausgelieferten deutschen Großkampfschiffe, da sie infolge ihrer abweichenden Bauart für den Verband nicht verwendbar seien und der Umbau zu kostspielig wäre.

Die bayerische Verfassung.

München, 5. Jan. Der von der Kort. Hoffmann veröffentlichte Verfassungsentwurf für Bayern bestimmt: Die Republik Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands. Die Volksvertretung bildet der aus einer Kammer bestehende Landtag, für den nur bayerische Staatsangehörige vom 20. Lebensjahr ab wählen können. Die Wählbarkeit tritt mit dem 25. Lebensjahr ein. Die oberste vollziehende Gewalt liegt beim Gesamtministerium, das Beschlüsse des Landtags der Volksabstimmung (Referendum) unterbreiten kann. Lehnt die Volksabstimmung einen Landtagsbeschluß ab, so ist der Landtag aufzulösen und das Gesamtministerium hat zurückzutreten. Freiheit der Person, des Glaubens, der Meinung, Kunst u. Wissenschaft und des Eigentums wird gewährleistet; Vermögen kann zum Zweck des allgemeinen Wohls durch Gesetz enteignet werden. Vorrechte der Geburt und des Adels, Titel, soweit sie keine Berufsbezeichnung sind, sowie Fideikommisse werden aufgehoben. Die Besteuerung ist eine aufsteigende. Alle Glaubensgesellschaften sind gleichberechtigt; bestehende Rechte können nur durch Gesetz abgelöst werden. Das Unterrichtswesen ist eine staatliche Angelegenheit, staatliche Lehrpersonen können zur Erteilung von Religionsunterricht nicht gezwungen werden, dieser ist vielmehr Sache der Glaubensgesellschaften. Zum Eintritt in eine Religionsgesellschaft oder zum Verbleiben in ihr, zur Teilnahme am Kultus usw. kann niemand gezwungen werden. Die Beamten haben volles bürgerliches Recht.

Neue Tumulte in Berlin.

Berlin, 6. Jan. Gestern abend wurden fast sämtliche Berliner Zeitungen von Spartakusleuten überrumpelt und besetzt. Die Wache des Wolff'schen Telegraphenbureau wurde von einer Menge, die mit Handgranaten ausgerüstet war, überwältigt und das Bureau ebenfalls besetzt. Heute früh rückten regimentstreue Truppen mit Maschinengewehren an. Die Spartakusleute bewarfen sie mit Handgranaten, die Truppen gaben Maschinengewehrfeuer ab. Die „Rote Fahne" fordert zu neuen Straßenkundgebungen zum Sturz der Regierung auf, der ein Ultimatum zugestellt wurde: Sofortige Entfernung aller Offiziere, Entfernung der Rangabzeichen, Einschreiten gegen Kriegsministerium und Armee-Oberkommando usw. Die Regierung ließ dagegen ein Flugblatt verbreiten: Arbeiter, Bürger und Bauern sollen die Arbeit verlassen und sofort vor das Regierungsgebäude in der Wilhelmstraße kommen. Die Geduld der Regierung sei zu Ende. Man werde sich nicht länger von Irrsinnigen Gewalt antun lassen. Ungeheure Menschenmengen strömten zusammen, auch Bürgerliche, und brachten Hochrufe auf Ebert und Scheidemann aus. Die Anhänger Liebknechts sammelten sich in der Siegesallee. Vor den besetzten Zeitungen führen Spartakusleute Maschinengewehre auf.

Berlin, 4. Jan. Nach einem Uebereinkommen mit den englischen Vertretern der allgemeinen Waffenstillstandskommission werden aus England 800 schwerverwundete Deutsche über Rotterdam und 400 ebenfalls schwerverwundete kriegsgefangene Deutsche auf dem Wege über die Front nach Köln zurückbefördert. Außerdem wollen die Amerikaner die in ihren Linien zurückgebliebenen Sanitätspersonen über Koblenz nach Deutschland zurückschicken.

Berlin, 5. Jan. Nach einer aus Tiflis eingegangenen Meldung vom 25. Dez. sind die letzten deutschen Truppen am 23. Dez. abgereist. Zurückgelassen wurden nur die Kranken, die im deutschen Lazarett verpflegt werden. Die deutsche diplomatische Abordnung unter General v. Kreß und das Personal der deutschen Konsulate im Kaukasus sind ebenfalls in Tiflis geblieben.

Die badische Landesversammlung.

Karlsruhe, 6. Jan. Bei den gestrigen Wahlen zur badischen Landesversammlung (zwei Gemeinden stehen noch aus) sind Stimmen abgegeben worden: Zentrum 369 058, Sozialdem. Partei 318 181, Demokratische Partei (einschl. Nationallib.) 227 110, Deutsch-nationale Partei 70 101, Unabhäng. Soz. 14 550. Gewählt sind 41 Zentrum, 35 Sozialdemokraten, 24 Demokraten, 7 Deutsch-Nationale. Unter den Gewählten befinden sich 9 Frauen, je 4 vom Zentrum und Sozialdemokraten und 1 von den Demokraten. Die Unabhängigen haben keinen Abgeordneten durchgebracht.

Ausschreitungen.

Konstanz, 6. Jan. Heute früh zwischen 1 und 2 Uhr kam es hier zu schweren Ausschreitungen. Eine große Menge von Soldaten und Arbeitern zog lärmend vor das Münster, in dessen Nähe sich der Pfarrhof und das Geschäftsgebäude der „Konstanzer Nachrichten" befinden. Unter dem Rufe „Nieder mit dem Zentrum!" wurden Türen und Fenster eingeschlagen und erheblicher Schaden angerichtet, so daß schließlich das Militär alarmiert werden mußte, das die Ruhe ohne Anwendung der Schußwaffe wieder herstellte.

Neues vom Tage.

Die Friedenskonferenz.

Bern, 6. Jan. „Homme Libre" bestätigt die Eröffnung der Friedenskonferenz am 18. Januar.

Gewerkschaftskonferenz.

Paris, 5. Jan. (Havas.) Auf Anregung der französischen Gewerkschaften soll eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz einberufen werden, zu der auch Deutschland, Oesterreich und Ungarn eingeladen werden.

Rom, 5. Jan. In allen größeren Städten Italiens fanden sozialistische Versammlungen statt, die die sofortige Entlassung des Heeres, Errichtung der sozialen Republik und die Diktatur des Proletariats forderten.

Gestrandet.

Neuyork, 6. Jan. Der amerikanische Dampfer Northern Pacific, mit Truppen und Verwundeten an Bord, ist an der Küste aufgefahren. Alle Truppen sind gerettet.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bolschewismus in Ungarn.

Budapest, 6. Jan. Bei bolschewistischen Unruhen in Salgo Tarjan wurden 18 Personen getötet und 40 verwundet.

London, 5. Jan. Verschiedene Blätter deuten an, es sei zweifelhaft, ob das gemeinsame Vorgehen des Verbands gegen den Bolschewismus in Rußland durchgeführt werden könne, da der russische Winter die Operationen erschwere und die Truppen kriegsmüde seien. — Die Japaner ziehen einen großen Teil ihrer Truppen aus Sibirien zurück. (Man fürchtet wohl, daß die Soldaten ebenso vom Bolschewismus angesteckt werden könnten wie ein Teil der deutschen Truppen im Osten.)

London, 4. Jan. Die „Morning Post" meldet aus Riga, die lettischen Bolschewisten haben die Gefangennahme aller Bürgerlichen in Riga angeordnet. Tausende von ihnen werden bereits abtransportiert. Das Eigentum wurde für abgeschafft erklärt.

Landesnachrichten

Altensteig, 7. Januar 1919.

B. **Sitzung des Gemeinderats** vom 4. Jan. Der Vorsitzende, Stadtschultheiß Welker berichtet, daß die umfangreichen Vorarbeiten für die Wahlen zum Landtag und zur Nationalversammlung abgeschlossen und die Wählerliste aufgestellt sei. Im hiesigen Wahlbezirk I umfaßt die Wählerliste 804, im Wahlbezirk II 586 Wähler, somit sind es zusammen hier 1372 Wahlberechtigte. — Bekanntgegeben wird ein Erlaß der Körperschafts-Forstdirektion hinsichtlich der im Wirtschaftsjahr 1919 aus den Körperschaftswaldungen zu erfassenden Gerbrinde. Der Gemeinderat beschließt den Anfall von Fichtenrinde aus dem städt. Waldbesitz wie im Vorjahre der hiesigen Gerbergenossenschaft zu den noch festzusetzenden Höchstpreisen zu überlassen. — Stadtarzt Dr. Baader hat die hiesige Stadtarztstelle gekündigt. Es wird beschlossen, von einem Ausschreiben der Stelle abzusehen und den beiden Aerzten Dr. Hans Vogel und Dr. Richard Vogel Gelegenheit zu geben, sich zu bewerben. — Die Inbetriebnahme der neuaufgestellten Turbine im städtischen Elektrizitätswerk (Bruderhaus) gibt Veranlassung die Wartung der Turbine und Wasserkraftanlage an Spinnmeister Bechtle gegen eine Jahresbelohnung von 250 ℳ zu übertragen. Der Mietvertrag mit Adam Hehr, dem Pächter der früheren Kunstmühle, soll dahin neu geregelt werden, daß der Pachtzins ab 1. Juli 1919 auf 750 ℳ erhöht wird, dagegen soll Adam Hehr von der Verpflichtung zur Besorgung der Turbinenanlage entbunden werden. — Der Vorsitzende teilt mit, daß schon verschiedene Arbeitslose bei der Stadt um Arbeit nachgesucht haben. Das Stadtschultheißenamt wird ermächtigt, den Arbeitssuchenden im Dienste der Stadt Arbeit anzuweisen. — Stadtpfleger Pfizenmaier hat darum nachgesucht, ihm eine Wohnung im Stadtpflegegebäude auf 1. April mietweise zu überlassen; diesem Gesuche wird entsprochen. — Derselbe gibt das Ergebnis des stattgehabten Verkaufs von Fichtengerbrinde, Reisig und Stockholz bekannt. — Verlesen wird eine Zuschrift aus Dornstetten, in welcher angefragt wird, wie sich die hiesige Stadtgemeinde zur Einrichtung einer Autoverbindung Dornstetten—Pfalzgrafenweiler—Altensteig stellen würde. Der Gemeinderat ist der Ansicht, daß eine solche Verbindung durchaus zu begrüßen wäre und unterstützt werden solle; vor einer endgültigen Stellungnahme wird jedoch um weitere Unterlagen, insbesondere hinsichtlich eines etwaigen Beitrages, gebeten. Im Anschluß hieran findet noch eine Aussprache über sonstige Verkehrsfragen statt.

* **Sozialdemokratische Versammlungen.** Am Samstag Abend 8 Uhr fand im Saal des „Grünen Baum" hier eine Versammlung der Sozialdemokratischen Partei (Mehrheitssozialdemokratie) statt, die zahlreich besucht war und bei welcher Herr Harder aus Stuttgart redete. Zunächst sprach er in scharfen Worten über die seitherige Regierung, die unhaltbaren Zustände und über die bestandene Notwendigkeit mit dem seitherigen System aufzuräumen. Er ging dann auf das bekannte Programm der Sozialdemokratie über und nahm zu den anderen Parteien Stellung, wobei er warnte, den Versprechungen der Deutschen Demokr. Partei zu trauen, oder gar der Deutschen Volkspartei, die in Württemberg den Namen Württ. Bürgerpartei führe, deren Führer aber, wie aus den Aufrufen hervorgehe, Freiherrn und Barone etc. seien. Man müsse sich die Namen ansehen und solle am Wahltag den Wahlzettel der Sozialdemokratie in die Wahlurne tun. Die anschließende Diskussion gestaltete sich sehr ruhig, da kein Redner als Gegner der Sozialdemokratie auftrat. — Auch die Unabhängige Sozialdemokratie sandte einen Vertreter hieher. Referent war der Flieger G. Jauß aus Böblingen, der am Sonntag ebenfalls im Saal des „Grünen Baum" über die Revolution und die Wahlen sprach. Der Besuch war kein zahlreicher. Er führte u. a. aus, daß der Imperialismus schuld am Kriege sei und daß man nur einen Schwertfrieden schließen wollte. Die bürgerlichen Parteien versuchen die Frauen mit der Trennung von Kirche und Staat für sich zu ködern. Heute habe man noch kein freies Wahlrecht und deshalb habe seine Partei auch kein Vertrauen zur Nationalversammlung. Wenn diese ihre Forderungen nicht erfülle, müsse der Kampf, die Revolution, weitergehen. Mit allen Mitteln müsse man die Sozialisierung durchführen. Der Kapitalismus dürfe nicht mehr zur Macht kommen, sonst seien die Früchte der Revolution verloren. Das bischen Familienunterstützung habe für die Familien der Kriegsteilnehmer nirgends hingereicht. Er geißelte die Bierbankstrategen der Heimat, den Kriegswucher und den Kriegsgewinn. Die Sozialdemokratie müsse sich wieder zusammenfinden. Der Redner verwahrt sich dagegen, daß man sie, die Unabhängigen, in einen Topf mit den Spartakusleuten werfe. Seine Partei sei für die Nationalwahlen, während die Spartakusleute durch die Soldaten- und Arbeiterräte regieren wollen. Er tadelt, daß im Donzdorfer Fall das Eigentum des dortigen Grafen für unantastbar erklärt worden sei. Man müsse jetzt schon zugreifen. Die Revolution stehe und falle mit der Weltrevolution, auf die der Redner hofft und von der er sich den ganzen Erfolg verspricht. Die Forderungen der Entente seien nicht zu erfüllen. Mit der Verstaatlichung der Großbetriebe müsse sofort begonnen werden. Zu verlangen sei eine restlose Erfassung der Kriegsgewinne, Abschaffung des stehenden Heeres etc. Anläßlich der Besprechung von Kirche und Staat führte er aus, daß die Kirche eine große Schuld am Kriege habe (!), besonders durch die Mission. Zuerst sei der Missionar hinaus und ihm sei die Bickelhaube gefolgt. Der Redner betonte, daß in Frankreich die Verhältnisse für Arbeiter und Kleinbauern vielfach schlimmer seien als bei uns, auch dort herrsche ebenso der Kapitalismus über die Arbeiter. Wenn es bei der Nationalversammlung nicht mit guten Mitteln gehe, müsse die Arbeiterwaffe erneut in den Kampf gehen. Den Schluß bildete die Aufforderung am Wahltag für die Unabhängige Sozialdemokratie zu stimmen.

J. **Versammlung der deutsch demokratischen Partei** in Altensteig. Am 6. Januar, nachm. 2 Uhr im Grünen Baum sprach Herr Stadtgeometer Linkenheil von Schramberg über die politische Lage. Nachdem sich der Saal gefüllt hatte, eröffnete Herr Stadtwundarzt Vogel die Versammlung mit dem Dank und Willkomm an die Erschienenen. Herr Linkenheil wies auf die Bedeutung des 6. Januar für die demokratische Partei hin, auf die großen schwebenden Fragen, die Wichtigkeit bestimmter Stellungnahme und entsprechender Stimmabgabe. Er führte dann aus, wie es zum Kriegsende gekommen u. der monarchische Staat zusammengebrochen sei. Damit sei es auch um den Kaiser, Kronprinzen und sämtliche Fürsten geschehen gewesen, die mit mehr oder weniger Würde abgedankt haben. Er gedachte besonders anerkennend unseres Königs, konnte aber den Thronanwärter Albrecht nicht ebenso loben. Nun soll ein Volksstaat errichtet werden. Dazu müssen sich die politischen Parteien aufs neue einstellen. Die verschiedenen Parteien wurden nach ihrer Stellungnahme zu einander, ihren politischen, religiösen und sozialen Ziele eingehend besprochen, was hier nicht wiederholt werden kann. Der Redner erhofft von der deutsch demokratischen Partei, zu der sich die aufrechten Nationalliberalen geschlagen haben, daß sie die stärkste und führende Partei im württemb. Landtag werde. Ob sich die gemäßigte Sozialdemokratie und das Zentrum zur ausschlaggebenden Mehrheit mit ihr vereinigen, lasse sich noch nicht sagen. Württemberg werde im neuen Reiche eines der fortgeschrittensten und freiheitlichsten Länder werden. Uebergehend zur Erläuterung des Programms der deutsch-demokratischen Partei, wurde ausgeführt, soll aber hier nur kurz angedeutet werden, daß am einheitlichen Reich, ohne jede Abtrennung, festgehalten, auch ohne jede Vorherrschaft eines Bundesstaates, also Selbstverwaltung und Selbstregierung gewährt, nur Württemberger zum Landtag wählen, aber keine erste Kammer bestehen solle; die Adelsherrschaften und Besitze sollen eingezogen und mit entsprechender Entschädigung freigegeben werden. Es war interessant, wie sich letzthin die verschiedenen Parteien zu dieser Forderung stellten: Die Unabhängigen wollen alles aufteilen, die Mehrheitssozialisten ebenfalls, die D.-Demokr. wollen Aufhebung der Vorrechte des Grundbesitzes unter angemessener Entschädigung und Zuweisung an die Bauern der Gemeinde. Die Württ Bürgerpartei sieht es als einen Eingriff in die Familienrechte an und behält sich eine Entscheidung bis zur Landesversammlung vor. Sie steht also hier nicht auf Seiten des Volks, sondern auf Seiten der hohen und höchsten Herrschaften. Es wurde weiter die Frage der Trennung von Kirche und Staat im Hinblick auf die Parteien erörtert. Das Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten, namentlich Baden und Hohenzollern sollte ein innigeres werden. Die Bezirks- und Gemeindevertretung soll im Sinn der Demokratie neu gestaltet werden, wie aus dem Programm zu ersehen ist. Die Arbeiterfrage wurde im Hinblick auf bekannte Vorkommnisse angesehen und zum Schluß das neue Wahlrecht betrachtet. Nicht vergessen darf werden, daß die Nationalversammlung auch ihre Gegner hat und wir deshalb noch lange nicht über alle Berge sind. Mit einem Uhland'schen Vers schloß der äußerst interessante, klare und eingehende Vortrag über unsre Lage. Der Vorsitzende forderte zur Aussprache darüber aus. Kauer alamtssekretär Widmayer nahm die deutsch-demokratische Partei gegen den Vorwurf des Kapitalismus in Schutz, glaubte im Zusammengehen mit der Mehrheitssozialdemokratie einen Schutz dagegen zu sehen. Es sollten Gesetze geschaffen werden, die ein scharfes Zufassen ermöglichen und eine Vertuschung des Vermögens unmöglich machen. Das läge im Interesse des Mittel- und Kleinbauernstandes. Das Volkswohl müsse obenanstehen. — Weil der Vortragende noch an andern Orten zu sprechen hatte, mußte zum Schlusse geeilt werden. Eine Resolution fand einstimmige Annahme. Sie

---

Lesefrucht.

O müde Seele, sink' nicht kraftlos nieder,
Und wünsche nicht, ist dir das Glück zuwider.
Verzage nicht und brauche deine Flügel!
Sieh, nur noch über einen kleinen Hügel
Und du bist frei!

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Graf Rainer sah sie oft voll Bewunderung an. Und einmal sagte er zu ihr:

„Du wirst täglich schöner, Gerlinde. Es ist fast ein Unrecht an der Welt, daß du dich so lange von allem Verkehr zurückgezogen hast."

Du schlug ihr Herz wild und unruhig. Sie hätte ihn schütteln mögen, hätte ihm zurufen mögen:

„Warum sagst du mir das? Siehst du nicht, daß es gefährlich ist, Hoffnungen in mir zu wecken, daß meine Schönheit dich zu meinen Füßen zwingen könnte? Du solltest dich hüten, meine Sehnsucht danach zu steigern!"

Mit aller Kraft zwang sie sich zu einem schelmischen Lächeln.

„Lieber Vetter, wenn deine Braut hörte, daß du noch andere Frauen außer ihr schön findest," neckte sie.

Er lachte.

„O, Josta ist nicht eifersüchtig," sagte er.

Sie sah ihn groß und seltsam an.

„Weil sie dich nicht liebt. Wenn man liebt, ist man auch eifersüchtig — wir Frauen wenigstens."

Ein Schatten flog über sein Gesicht. Er sagte sich, daß Gerlinde wohl recht haben möge. Josta liebte ihn nicht, so glaubte er. Und dieser Glaube begann ihn schon zu quälen. Er faßte sich jedoch.

„Sollte das nicht individuell sein, Gerlinde? Es gibt doch auch liebende Frauen, die nicht zur Eifersucht neigen."

Sie lachte. Es klang scharf und bitter.

„Solange sie nicht Veranlassung zu haben glauben, lasse ich das gelten. Aber nur solange. Das ist der einzige Vorteil, wenn man einander nicht liebt. Man bleibt von Eifersucht verschont," sagte sie leichthin.

Graf Rainer lenkte das Gespräch auf ein anderes Thema.

„Ich bin doch neugierig, was die Baronin Rittberg zu meiner Verlobung sagt. Sicher wird sie einen originellen Glückwunsch vom Stapel lassen."

„Vielleicht bekommst du noch nachträglich den Kopf gewaschen, daß du dich nicht schon längst vermählt hast. Sie sagte mir, als sie letzthin hier war, daß sie dir ins Gewissen reden wollte," erwiderte die Gräfin lächelnd.

Und dabei mußte sie denken, wie hoffnungsvoll sie noch in die Zukunft gesehen hatte, als sie das letzte Mal mit der Baronin gesprochen hatte. Das Herz krampfte sich ihr in wildem Weh zusammen.

Ach, wenn sie doch nur eine Ahnung gehabt hätte, daß Graf Rainer Freiersgedanken gehabt hatte! Wie ganz anders hätte sie dann ihre Zeit genützt! Und dann wäre vielleicht alles anders gekommen, ganz anders. So aber war diese plötzliche Verlobung wie ein Verhängnis über sie hereingebrochen.

*

Die Baronin Rittberg hatte die Verlobungsanzeige des Grafen Rainer zuhause vorgefunden, als sie von Ramberg heimgekommen war. Die lebhafte Dame hatte sich mit einem Ruck in den Sessel fallen lassen.

„Nun bitt' ich dich — da hätte man doch schonungsvoll vorbereitet werden müssen! Da kann man ja vor Schrecken die Sprache verlieren!" sagte sie zu ihrem Gemahl, der ihr die Karte übergeben hatte.

Baron Rittberg, ein hünenhafter, ziemlich beleibter Herr, mit einer riesigen Glatze und einem runden Kopf, den man sehr gut hätte als Kegelkugel benutzen können, wenn Ohren und Nase nicht gewesen wären, sah seine Frau gemütlich lachend an.

„Nanu, Lisettchen, man keine Bange, die Sprechwerkzeuge funktionieren ja noch tadellos bei dir. Du machst ja ein Gesicht, als wenn dir die Peterzilie verhagelt wäre."

Die Baronin schnappte nach Luft.

„Aber ich bitte dich, Dieti" — der Baron hieß mit Vornamen Dietrich und seine Frau hatte aus den längst vergangenen Flitterwochen diesen Kosenamen beibehalten — „ich bitte dich dringend und inständig, Dieti — ist das nicht zum Purzelbaumschlagen?"

„Na, na, Lisettchen, du wirst doch nicht! Solche Untugenden wirst du dir doch nicht auf deine alten Tage angewöhnen?"

„Alte Tage? Aber, Dieti, du wirst doch nie ein Kavalier! So etwas sagt man doch einer Dame nicht! Die hat höchstens alte Tage, wenn sie hundert Jahre alt ist."

„Aber wenn du Purzelbäume schlagen willst, Lisettchen?" gab er zu bedenken.

„Wer sagt dir denn, daß ich das tun will?"

„Du selbst — soeben."

„Ach, Unsinn, ich frage dich doch nur, Dieti, ob es nicht zum Purzelbaumschlagen ist?"

„Na, schön," lachte der alte Herr, „und ich sage dir tu's lieber nicht, du weißt nicht, wie es abläuft."

Nun lachte die Baronin ebenfalls laut auf. Aber gleich darauf sagte sie kopfschüttelnd:

„Nein, ich fasse das nicht."

„Aber was hat dich nur so in die Rage gebracht, Lisettchen?"

„Mein Gott, diese Verlobung."

„Aber du wolltest es doch so brennend gerne, daß sich Graf Rainer verlobte und verheiratete."

„Ja doch, aber ich hatte gehofft, er würde sich mit der Gräfin Gerlinde vermählen."

„Ach nee, Lisettchen — was hat dir denn der arme Graf Rainer zuleide getan?"

Die Baronin fuhr nach ihrem Gatten herum:

„Aber, Dieti, du bist doch manchmal schrecklich! Sieh mal, ich hatte mich doch so sehr darauf gefreut, Graf Rainer und Gräfin Gerlinde, das wäre ein Paar nach meinem Herzen gewesen. Da hätte man doch ein Labsal für seine schönheitsdurstigen Augen gehabt."

Fortsetzung folgt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

lautete: „Die am 6. Jan. in Altensteig versammelten Wähler und Wählerinnen fordern die Leitung der deutsch-demokratischen Partei auf, mit höchster Entschiedenheit auf sofortigen Zusammentritt der auf 12. Jan. zu wählenden Landesversammlung einzuwirken, damit ein gesetzmäßiger Zustand, eine freiheitliche Verfassung und eine Staatsgewalt hergestellt werden, die wirtschaftliche Sicherheit, die soziale Gerechtigkeit und einen würdigen Frieden verbürgen."

— **Die 7. württ. Landwehrdivision** ist aus Odessa größtenteils im Gebiet der Etappen-Inspektion Bug (Brest-Litowsk, Kowel, Holoby) eingetroffen. Die Abbeförderung in die Heimat wird in den nächsten Tagen beginnen.

— **Zinsscheine der Kriegsanleihen.** Es ist beobachtet worden, daß Zinsscheine von Kriegsanleihen, die später fällig werden, in den Zahlungsverkehr gebracht worden sind, trotzdem nur die am 2. Januar 1919 fälligen Scheine als gesetzliches Zahlungsmittel zugelassen sind. Solche später fälligen Zinsscheine sind zurückzuweisen.

— **Die Aufhebung der Lebensmittelzulagen für Schwerarbeiter** ist vom Staatssekretär des Reichsernährungsamts verfügt worden. Nur den Bergarbeitern und dem Teile des Eisenbahnpersonals, welche bisher Zulagen erhalten haben, werden diese auch weiterhin gewährt.

Calw, 4. Jan. (**Kandidaten der Bürgerpartei.**) Die Bürgerpartei hat als **Bewerber für die Landesversammlung** in unserm Bezirk die Herren Fabrikant **Blank** Calw und Stadtschultheiß **Müller**-Neubulach aufgestellt.

Calw, 4. Jan. (Gründung einer Frauengruppe der deutschen demokratischen Partei.) Im Gasthof z. „Adler" fanden sich gestern die Anhängerinnen der deutschen demokr. Partei zusammen zwecks Gründung einer Frauengruppe. Der stellv. Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Handelsschuldirektor Fischer, leitete die Veranstaltung durch eingehende aufklärende Ausführungen über die dringende Notwendigkeit der Wahlbeteiligung der Frau ein. Bei der nachfolgenden Konstituierung der Frauengruppe wurde als Vorsitzende einstimmig Frau Fabrikant Rosa Wagner gewählt.

Straßenkundgebungen in Stuttgart.

(-) **Stuttgart**, 5. Jan. (Soldatenkundgebung.) Im Schloßhof fand gestern vormittag eine Soldatenversammlung statt, in welcher der frühere Kriegsminister Schreiner (Unabh.) eine Rede hielt. Er richtete scharfe Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten und namentlich auch gegen die Soldatenräte. In langem Zuge, mit Trommlern an der Spitze, zogen die Soldaten dann zur Straßenbahndirektion und vor das Rathaus, um hier die Wiedereinführung des früheren billigen Straßenbahntarifs für Soldaten zu verlangen, die auch zugesagt wurde.

Vor dem Kriegsministerium hielt Schreiner eine Ansprache, worin er die sofortige Entlassung aller Jahrgänge, die Bewaffnung der Arbeiter und die Entfernung der Offiziere verlangte. Die Erwiderungsrede des Leiters des Kriegswesens, Fischer, hatte keinen Erfolg, denn die Menge drang in das Gebäude ein, erbrach die Schränke, wo die Modellgewehre aufbewahrt waren, zerbrach diese bzw. nahm sie mit, schlug Türe ein und riß den Offizieren die Achselstücke herunter.

(-) **Stuttgart**, 6. Jan. (Gegenkundgebung.) Gestern nachmittag veranstaltete die Partei der Mehrheitssozialisten und der vereinigten Gewerkschaften eine gewaltige Gegenkundgebung gegen die tumultuarischen Demonstrationen der Unabhängigen und der Spartakusgruppe. Von 9 Sammelpunkten aus zogen viele Tausende in dichten Zügen zum Schloßplatz, wo verschiedene Reden gehalten wurden. Nach dem ausgegebenen Programm galt die Kundgebung dem Eintreten für Demokratie und Sozialismus, Arbeit und Brot, Recht und Freit, Einheit des Reichs und für die sozialistischen Regierungen in Reich und Land gegen die radikale Diktatur und den Terrorismus. Die Kundgebung verlief in völliger Ordnung.

(-) **Stuttgart**, 4. Jan. (**Gegen die Fideikommisse.**) Gestern mittag fand im Gasthof Herzog Christoph im Beisein verschiedener Regierungsvertreter unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Hörger-Löwenstein eine Versammlung von Gemeindevertretern des Landes statt, die für die Aufhebung der Fideikommisse und Beseitigung der Adels- und Standesvorrechte eintreten. Die Versammlung stellte einstimmig folgende Forderungen auf: 1. Aufhebung sämtlicher adeliger und bürgerlicher Fideikommisse, Abtretung der sämtlichen Staats- und Hofdomänen, sowie der in ähnlicher Weise gebundenen Grundstücke, besonders zum Zweck der Siedlung an die Gemeinde gegen billige Entschädigung; 2. Unentgeltlicher Verzicht auf Fischerei-, Weide- und ähnliche Rechte; 3. Aufhebung aller Standesvorrechte. Die freigegebenen Güter und Schlösser sollen nicht in Staats- sondern in Gemeindeeigentum übergehen. Die Gemeinden hätten sich zu verpflichten, den neuen Grundbesitz nicht zu veräußern, sondern entweder auf genossenschaftlichem Wege zu bewirtschaften oder den Bauern in Erbpacht zu überlassen.

(-) **Ludwigsburg**, 4. Jan. (Wechsel im Garnisonkommando.) Der Vorsitzende des Soldatenrats, Wachtmeister Reiner, hat die Dienstgeschäfte des Garnisonältesten niedergelegt. Der vom Generalkommando vorgeschlagene Generalmajor Klein hat nach einstimmiger Wahl durch den Garnisonrat das Amt am 1. Januar angetreten.

(-) **Marbach**, 5. Jan. (Schurkenstreich.) In dem Keller des Gasthauses zum Langhans in Beilstein ließen Einbrecher sechs Eimer neuen Wein aus den Fässern laufen. Man vermutet einen Racheakt.

(-) **Backnang**, 6. Jan. (Stiftung.) Lederfabrikant Fritz Häuser und Frau Emma geb. Bozenhardt haben der Stadt Backnang zur Kriegshilfe und zu gemeinnützigen Zwecken die reiche Stiftung von 250 000 Mark überwiesen.

Vermischtes.

Der Bock als Gärtner. Der Kassenchef des Berliner Sicherheitsdienstes, Bautzer, ist unter der Beschuldigung 45 000 Mk. unterschlagen zu haben, verhaftet worden. In die Angelegenheit soll noch eine Reihe weiterer Personen des Sicherheitsdienstes verwickelt sein.

Mord. Im Militärgefängnis zu Köpenick bei Berlin wurde der Wachsoldat Brühl von zwei wegen schwerer Diebstähle in Untersuchungshaft befindlichen Matrosen erwürgt. Die Mörder entkamen unbehelligt.

Durchbohrung des Montblanc. Aus Rom wird gemeldet, die italienische Regierung beabsichtige den Durchstich des Montblanc, um die Handelswege zwischen Frankreich und Italien zu verbessern.

Witze vom Tage.

Rauchwaren. Im Bahnhof fiel mir ein großer Maueranschlag in die Augen: Sammelt Kaninchenfelle! Das Heer raucht sie! — Ich war [illegible] allerhand [illegible]artigen Knaster ins Feld geschickt — und nun auch diese Schweinerei. Als ich den nächsten Bahnhof erreichte, war es der gleiche Maueranschlag, der mich wieder beruhigte. Hier war das b vor „rauch" no[illegible].

Ersatz. Der feldgraue Mann kam heim, freute sich des heimatlichen Friedens und eilte in das alte Stammkaffee. Kaffee mit Kuchen! Biß in den Kuchen: „Fräuleinchen, Fräuleinchen, was haben Sie mir da gegeben!" — „Wissen Sie: es ist eben Ersatz." Schluck aus der Tasse: „Fräuleinchen, Fräuleinchen, der Kaffee." — „Jaja, Leider alles Ersatz." Kuchenersatz, Kaffeeersatz. Der feldgraue Mann zahlte und ging. Als er auf der Straße war, lief ihm die kleine Kellnerin nach und zeigte auf die Hosenknöpfe, die sie auf der flachen Hand trug. Sie war entrüstet. „Ist das Geld!?" zürnte sie. „Nee, Geldersatz," lachte der Mann und verschwand. („Jugend.")

Heeresgut ist Reichsgut
Gib heraus, was nicht Dir gehört.
Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstr. 66.

Letzte Nachrichten.

Der Belagerungszustand über Berlin verhängt.

Berlin, 6. Jan. Die Volksbeauftragten Scheidemann und Wissell verkündeten von der Reichskanzlei aus, der Zentralrat habe der Regierung die weitestgehende Vollmacht erteilt und die Regierung habe sich entschlossen, davon Gebrauch zu machen. Sie habe **den Belagerungszustand über Berlin verhängt** und Noske-Kiel zum Gouverneur und Oberkommandierenden in den Marken ernannt. Im Augenblick organisiert die Regierung die Bewaffnung der sich in Berlin aufhaltenden Soldaten, die sich an bestimmten Plätzen sammeln.

WTB. **Berlin**, 6. Jan. Heute Vormittag fand in der Reichskanzlei ein Kriegsrat der Volksbeauftragten statt unter Beteiligung der Mitglieder des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die Regierung hat beschlossen, **sofort mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln einzugreifen, um dem Treiben der Spartakusleute ein Ende zu setzen.** Zum Oberkommandierenden der Regierungstruppen wurde der Volksbeauftragte Noske ernannt. Die regierungstreuen Truppen werden mit Lastautos von allen Seiten in das Innere der Stadt befördert, wo sie in der Nähe der Reichskanzlei gesammelt werden. Im Innern der Stadt ist den Passanten Weisung erteilt worden, so schnell wie möglich die Straßen zu verlassen. Alle Fenster müssen geschlossen bleiben. Die Regierung hat es abgelehnt, mit den Spartakusleuten zu verhandeln. Die beiden Parteien stehen sich in 100 Meter Entfernung gegenüber. Nach dem „Achtuhr-Abendblatt" dürfte es zu neuen blutigen, folgenschweren Zusammenstößen kommen.

WTB. **Berlin**, 6. Jan. Nach Schluß der Demonstration auf der Wilhelmstraße kam es heute in den späten Nachmittagsstunden zu einem **ernsten Straßenkampf zwischen Spartakusleuten und Volkssoldaten.** Durch die Menschenmenge bahnte sich ein schwer bepanzertes Auto, das von Spartakusleuten geleitet wurde, den Weg zum Reichskanzlerhaus. Die Besatzung des Reichskanzlerhauses griff das Panzerauto mit Handgranaten an. Auf Seite der Spartakusleute soll es zahlreiche Tote gegeben haben. Die Besatzung des Reichskanzlerhauses hat dagegen nur einen Mann verloren. Einzelheiten sind noch nicht festgestellt.

* **Basel**, 7. Jan. Der Daily Telegraph meldet aus Petersburg indirekt, der Prawda zufolge stehe die Entsendung weiterer Bolschewistenführer nach Deutschland bevor, wo man vor dem **Beginn der Entscheidungskämpfe um die Macht** stehe. Die Prawda behaupte ferner, daß Radek nicht auf dem Landwege, sondern unter Mithilfe deutscher Matrosen zur See nach Deutschland hereingekommen sei. (Frankf. Nachrichten.)

Berlin, 7. Jan. **Das Haupttelegraphenamt** ist gestern gegen 3 Uhr nachmittags **von den Anhängern des Spartakusbundes besetzt** worden. (Frankf. Ztg.)

WTB. **Berlin**, 7. Jan. Gestern in den späten Abendstunden liefen noch einzelne ergänzende Nachrichten ein.

Die Germania meldet, daß die Anhänger der Spartakusgruppe **die Spandauer Waffen- und Munitionsdepots gestürmt** hätten und an ihre Anhänger Waffen verteilt hätten.

Wie in den Nachmittagsstunden wurde auch in den Abendstunden in den Straßen geschossen und mit Handgranaten geworfen. Ueber die Zahl der Verletzten und Toten ist bisher nichts bekannt.

Das Regierungsblatt, die Deutsche Allgemeine Zeitung, meldet, daß bisher nicht nur die großen Berliner Verlage und der „Vorwärts" besetzt wurden, sondern daß man sogar in Privathäuser eingedrungen ist und dort groben Unfug verübt hat. Die Privatwohnung des neuen Polizeipräsidenten Eugen Ernst sei gestürmt und besetzt worden.

Spartakusleute und Unabhängige wurden in der Umgebung des Alexanderplatzes in Bewaffnete und Unbewaffnete geschieden. Nur Bewaffnete und Munitionsträger durften nach dem Alexanderplatz ziehen.

Die wenigen erschienenen Blätter beschränken sich auf allgemeine Schilderungen der gestrigen Vorgänge.

Die Tägliche Rundschau nimmt kritisch Stellung und spricht von dem großen Tollhaus an der Spree. Berlin werde jetzt mit jedem Tag mehr das Irrenhaus Deutschlands.

Graf Hertling gestorben.

WTB. **München**, 6. Jan. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident und vorletzte Reichskanzler des Deutschen Reiches unter kaiserlicher Regierung, Graf von Hertling, ist auf Samstag Abend gegen 10 Uhr nach sechstägigem Krankenlager im Alter von 75 Jahren auf seinem Landsitz in Ruhpolding in Oberbayern gestorben.

Roosevelt gestorben.

WTB. **New-York**, 6. Jan. (Reuter.) **Der frühere Präsident Roosevelt** ist infolge einer rheumatischen Erkrankung am Samstag früh **gestorben.**

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.

Elise Lehmann
Andreas Mauthe
Verlobte
Göttelfingen Altensteig
Hausen b. Spaichingen
Januar 1919.

Mädchengesuch
Nach Ludwigsburg wird zum baldigen Eintritt in kleine Familie für Küche und Haushaltung ein ordentliches Mädchen nicht unter 18 Jahren gesucht.
Näheres ist zu erfragen in der Expd. ds. Bl.

Altensteig.
1 Fahrad
oder einzelne Gummischläuche und Mäntel
zu kaufen gesucht.
Chr. Morhart, Schuhgeschäft.

Abreiß-Kalender
und
Wandnotiz-Kalender
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhldg.

Gestorbene:
Ebershardt: Jakob Kopp, Holzhauer, 67 Jahre.

Altensteig-Stadt.

Zahlungsaufforderung

ergeht hiemit an die Schuldner von

Steuer pro 1918, 1917, 1916 und Holzgeld pro 1919, 1918, 1917 | und ev. früherer Jahre

da sonst z. T. in Bälde zwangsweise Beitreibung erfolgen müßte.

Zu Steuerzahlungen sind wieder die alten Steuerbüchle mitzubringen.

Ferner wollen die **Bürgergaben** pro 1915 u. 1916 vollends erhoben werden.

Stadtpflege: Pfizenmaier.

Altensteig.

Danksagung.

Für alle Liebe und Teilnahme und die vielen äußeren Zeichen derselben, die uns beim Tod unserer lieben Mutter in so reicher Fülle zugeflossen sind, drücken wir unsern herzlichen und tiefgefühlten Dank aus.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Karl Haug, Stadtpfarrer
Anna geb. Goes.

Altensteig, 7. Jan. 1919.

Danksagung.

Für die wohltuenden Beweise herzl. Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unserer lieben unvergeßlichen Tochter und Schwester

Emma

für die zahlreiche Leichenbegleitung von nah und fern, für die vielen Kranzspenden, besonders von seiten ihrer Altersgenossen und -Genossinnen, Sa[illegible]freundinnen und des Jungfrauenvereins sowie für den erhebenden Gesang des verehrl. Liederkranzes sprechen wir unseren innigsten Dank aus

Familie August Seeger.

Altensteig.

Tierkörper-Melasse
Leinkuchen-Schrot
Leimgallerte-Futter
Strohkraftfutter
Kochsalz, Viehsalz

empfiehlt zu billigsten Preisen solange Vorrat

C. W. Lutz Nachfolger
Fritz Bühler jr.

Bestellungen auf

Dung-Salz

zur Lieferung Februar und März

werden jetzt schon erbeten von

Obigem.

Am Mittwoch, den 8. Januar 1919

in Altensteig-Dorf nachm. 5 Uhr im Gasthaus z. „Hirsch"
in Ueberberg abends 7 Uhr im Gasthaus zum „Hirsch"

Vortrag

von Amtsgerichtssekretär Talmon-Gros-Nagold

über das Thema:

„Was sollen wir wählen?"

Hiezu werden alle Wählerinnen und Wähler freundlichst eingeladen.

Deutsche demokr. Partei.

Bürger und Bürgerinnen!

! Tretet bei der Württ. Bürgerpartei !

welche sich einsetzt für **deutsches Volkstum**, für **Recht, Freiheit, Sitte und Ordnung**, welche gegenüber dem **Großkapitalismus** einerseits und dem **Kommunismus** anderseits für Aufrechterhaltung eines kräftigen Kaufmann- und Gewerbe-**Mittelstands** eintritt, die ein lebenskräftiges **Christentum** erhalten und gegen zersetzende Einflüsse verteidigen will.

Viele in unserem Bezirk haben sich schon angeschlossen und weitere Anmeldungen nimmt entgegen

der Beauftragte:

Stephan Schaible

Wollwarenfabrikant in Nagold.

Rechtsanwalt Dr. R. Knodel

hat seinen Wohnsitz von Nagold nach Freudenstadt verlegt und seine Anwaltstätigkeit wieder aufgenommen.

Geschäftszimmer: Bahnhofstr. 45. Fernspr. 257.

2000 Mark
gegen Sicherheit
auszuleihen.

Wer? — sagt die Exp. ds. Bl.

— Losungsbüchlein —

für 1919

sind eingetroffen und zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung.

Zwei starke

Zug-Ochsen

hat zu verkaufen

M. Kirn, Hochdorf.

Ziehung am 22. Januar.

Letzte große Schwenninger Geld-Lotterie

Nur Geldgewinne zusammen Mark **40000**

Hauptreffer Mark: **15000**

5000 usw.

Ziehung am 22. Jan. 1919.

Los 1 Mark.

Sehr günstige Gewinnaussichten bieten Glücksteuchen mit 13 Losen für nur 12 Mark. Porto u. Liste 25 Pf. extra. Zu haben in allen durch Plakate kenntlich Verkaufsstellen u. den Generalvertrieb

Eberhard Fetzer
Stuttgart, Friedrichstr. 56.

Zu Altensteig zu haben bei: W. Rieker'sche Buchdr.

Altensteig.

Ein ordentliches, fleißiges

Mädchen

für Haus- und Landwirtschaft auf Lichtmeß

gesucht.

Zu erfragen in der Exp. ds. Bl.

Altensteig.

Auf 1. März ein williges

Mädchen

nicht unter 20 Jahren aus gutem Hause

gesucht

das womöglich schon gedient hat.

Frau Dr. Rich. Vogel.

Brief-Taschen
und
Papiergeld-Taschen
empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhdlg.
— Altensteig. —

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw